



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 4. DEZEMBER 2024

5. Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Budapest

Am 7. November versammelten sich Staats- und Regierungschefs aus 42 europäischen Ländern in der Budapester Puskás-Arena zum 5. Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft. Dieses Forum wurde als europäische, zwischenstaatliche Organisation am 6. Oktober 2022 auf Initiative des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron gegründet und hängt weder mit der EU noch mit dem Europarat zusammen. Neben den 27 Einzelstaaten der EU sowie der EU als Organisation selbst zählen die neun EU-Beitrittskandidaten, die vier EFTA-Mitgliedstaaten, der EU-Bewerberstaat Kosovo sowie die Staaten Andorra, Armenien, Aserbaidschan, Monaco, San Marino und das Vereinigte Königreich zu den 47 Mitgliedstaaten der EPG. Russland und Belarus wurden nicht eingeladen.



Das Gruppenfoto der Europäischen Politischen Gemeinschaft in der Budapester Puskás-Arena.

Quelle: MTI / Tamás Kovács

Thema des fünften Gipfels sollten die Sicherheitsherausforderungen anlässlich des Ukrainekriegs sowie der Eskalation im Mittleren Osten darstellen. Ferner sollten Migration und Wirtschaftssicherheit sowie Konnektivität in Energie, Transport, IT und Welthandel diskutiert werden. Jedoch überschatteten auch die Ergebnisse der US-Wahlen zwei Tage zuvor, die der republikanische Kandidat Donald Trump gewonnen hatte, die Besprechungen des Gipfels. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz nahm aufgrund der deutschen

Regierungskrise nur teilweise am Gipfeltreffen teil. Auch die Staats- und Regierungschefs von Aserbaidschan, Island, Slowenien und Spanien fehlten ganz oder teilweise. Die EU wurde durch die Rats-, Kommissions- und Parlamentspräsidenten Charles Michel, Ursula von der Leyen und Roberta Metsola vertreten. Geladen waren ferner die Generalsekretäre der NATO und des Europarats sowie die stellvertretende Leiterin des Sekretariats und Direktorin des Konfliktverhütungszentrums der OSZE.

In seiner Eröffnungsrede verwies Orbán auf die kritische Sicherheits-, Friedens- und Wohlstandslage in Europa und weltweit. Man sei zusammengekommen, um Antworten für den Frieden zu finden. Mit den US-Wahlen sei ein souveränes Europa, das seine eigenen Interessen vertrete, aktueller denn je. Aber auch die transatlantischen Beziehungen seien ein unverzichtbares Element der europäischen Sicherheitsarchitektur. Abschließend bat er um einen pragmatischeren und praktischeren Ansatz in der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern, um illegale Migration und Schlepperbanden zu eliminieren.

Das Resümee der Konferenz nahm der Gastgeber Ministerpräsident Viktor Orbán mit seinem albanischen Amtskollegen Edi Rama vor. Albanien wir den nächsten Gipfel im Mai 2025 ausrichten. Der Westbalkan und damit auch Albanien müsse noch in diesem Jahrzehnt EU-Mitglied werden, betonte Rama. Hierbei dankte er den Bemühungen der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft in diesem Hinblick explizit und auch ganz persönlich „Viktor Orbán, dem schwarzen Schaf in Europa“. Die Krisenlage, ausgelöst durch Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, und die Stimmung nach dem Gipfeltreffen fasste er so zusammen: „Der russische Präsident Putin hat schwere Zeiten über die EU gebracht, aber heute passieren auch viele ermutigende Dinge.“

Orbán betonte, dass alle Teilnehmer den Eindruck hätten, dass man keine Zeit mehr zu verlieren habe. „Wir waren uns heute einig, dass Europa schnellstmöglich Frieden braucht“, so Orbán. Mit den US-Wahlen habe die Geschichte Fahrt aufgenommen und die Welt werde sich schnell verändern. Europa müsse mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen und als gewichtiger Akteur auftreten. Aufgrund der divergierenden Meinungen auf dem Gipfel konnten dennoch in den Fragen Krieg oder Frieden, illegale Migration oder Schutz der Außengrenzen, Blockbildung oder Konnektivität, europäische Unterordnung oder europäische Souveränität keine formellen Beschlüsse gefasst werden.

In der Frage der Migration kritisierte der ungarische Ministerpräsident, dass der „Aktionismus der Gerichte“ auf nationaler und europäischer Ebene alle Entscheidungen und Lösungsversuche dieser Krise auf Mauern prallen ließe, obwohl „alle [...] unzufrieden [sind] mit der jetzigen Lage, alle wollen Veränderungen.“ Dennoch würden alle Ergebnisse bei der Zurückdrängung der illegalen Migrationsströme seitens der nationalen Regierungen durch die Urteile der Gerichte wieder zunichtegemacht. Hier forderte Orbán eine Revision des geltenden Rechts: „Ich denke, wir können die illegale Migration nicht stoppen, wenn wir nicht gegen das geltende Recht und die Gerichtsurteile rebellieren. [...] Wir brauchen einen europaweiten Aufstand gegen die Bürokratie, den Dschungel von Rechtsnormen und den Aktionismus von Gerichten. Anders werden wir die Migrationskrise nicht bewältigen können.“

Im Hinblick auf die Ukraine sagte Orbán, dass das Friedenslager mit dem Wahlsieg Trumps in den USA enorm gewachsen sei. Man dürfe nicht von Sieg oder Niederlage, sondern müsse über Waffenruhe, Menschenleben und ein Ende der blinden Zerstörung reden. Er warnte, dass

die Europäer sich in einen Krieg gestürzt hätten, ohne zu klären, was für sie ein Sieg sei: „Wenn du das nicht definieren kannst, woher weißt du dann, wie lange du kämpfen musst?“ Man müsse sich auch fragen, wie die Finanzierung der Ukraine aussehen solle, sollten die USA unter Trump tatsächlich aus dieser aussteigen: „Sind wir überhaupt bereit, das auf uns allein gestellt zu tun? Und wenn die Summen nicht mehr ausreichen und weitere Bitten aufkommen, welche Nation will das dann noch bewältigen?“ Die Bürger Europas jedenfalls seien jetzt schon immer weniger bereit, einen Krieg zu finanzieren, dessen genaue Ziele sie nicht verstünden, dessen Ende niemand absehen könne. Er richtete erneut einen Appell im Namen der europäischen Souveränität und Selbstbehauptung als internationaler Akteur von Bedeutung an die anwesenden Staaten: „Wenn wir Europäer an der Gestaltung der Sicherheitsarchitektur unseres Kontinents mitwirken wollen, dann sollten wir schon im Krieg mit allen Seiten kommunizieren, weil das sonst an unserer Stelle andere tun.“

Am Rande des informellen Gipfeltreffens traf sich Orbán zu vertraulichen Gesprächen mit NATO-Generalsekretär Mark Rutte und dem früheren EZB-Präsidenten Mario Draghi. Auf dessen Bericht stützte sich auch die „[Budapester Erklärung](#)“, die die EU-27 am 8. November auf Initiative Orbáns während des Treffens verabschiedeten. Die Erklärung zum „Neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit“ wurde von Orbán am Ende des Gipfels im Einvernehmen mit Ursula von der Leyen und Charles Michel präsentiert. Sie sieht u. a. eine Zurückdrängung administrativer und bürokratischer Lasten und Pflichten, Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise und Erhöhung der Energiesouveränität, die Verwirklichung einer Kapitalmarktunion, die Förderung von Forschung und Entwicklung (mindestens 3 % des BIP), die Koordinierung einer „Spar- und Investitionsunion“ sowie den Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungsindustrie vor. Aufsehenerregend war auch die Forderung von der Leyens zum Thema Energiepreise, in Verhandlungen mit der künftigen Trump-Administration einzutreten, um den LNG-Anteil aus den USA zu Lasten russischer LNG-Importe zu erhöhen, um damit die Preise zu senken.

Einsame Spitze(I) – neuerlicher Abhörskandal um Péter Magyar

Als Péter Magyar, Vorsitzender der größten Oppositionspartei Tisza, am Sonntag, den 10. November 2024, auf Facebook ankündigte, den „größten politischen Skandal seit der Wende“ aufzudecken, ahnte wohl kaum jemand, welche Büchse der Pandora geöffnet werden würde.

In besagter Pressekonferenz erklärte Magyar entrüstet, dass ihn seine ehemalige Lebensgefährtin Evelin Vogel abgehört und zu erpressen versucht habe. Vogel, welche laut Magyar im Auftrag der ungarischen Regierung gehandelt haben soll, wurde in Folge wegen illegalen Tonmitschnitts und Erpressung angezeigt. Praktischerweise verfügte Magyar jedoch seinerseits selbst über einen Mitschnitt des entsprechenden Gesprächs zwischen seinem politischen Verbündeten Henrik Hanzel und Evelin Vogel, welchen er nun auf der Pressekonferenz wiedergab. Aus der im Zuge der Pressekonferenz veröffentlichten Aufnahme geht hervor, dass Vogel 30 Mio. Forint (75.000 Euro) von Péter Magyar erpressen wollte. Womit Magyar augenscheinlich nicht gerechnet hatte: Vogel selbst hatte das Gespräch ebenfalls vollumfänglich aufgezeichnet und spielte die ungekürzte Version den Medien zu. Aus diesen Aufnahmen ging zwar hervor, dass Vogel tatsächlich die 30 Mio. Forint von Magyar gefordert hatte, jedoch ebenfalls, dass die auf der Pressekonferenz veröffentlichte Aufnahme manipuliert und aus sieben Stellen des Gesprächs zusammengeschnitten worden

war. Die Absurdität dieser Entwicklungen wurde dadurch verstärkt, dass Magyar seinerzeit seine ehemalige Ehefrau und damalige Justizministerin Judit Varga heimlich aufgezeichnet und seine eigene politische Karriere auf der Veröffentlichung dieser Mitschnitte aufgebaut hatte. Neben Vogel bezichtigte Magyar nun auch Varga, ebenfalls vom Fidesz für die Diskreditierung seiner Person bezahlt worden zu sein – ein Vorwurf, den die ehemalige Justizministerin von sich wies.

Die bevorstehende politische Schlammschlacht antizipierend schwor Péter Magyar seine Anhänger ein, nichts zu glauben, was sie von ihm hören oder sehen würden, da die „Orbán-Rogán-Mafia“ eine beispiellose Kampagne zur Diskreditierung seiner Person starten wolle. Magyar sollte insoweit Recht behalten, als tatsächlich nach und nach unangenehme Aufnahmen der Öffentlichkeit zugespielt wurden, in denen Magyar sich unter anderem abfällig über seine Wahler sowie seine politischen Mitstreiter äußerte. In einem der Mitschnitte, aufgenommen wohl am Rande einer Demonstration im Juni, beschwerte sich Magyar darüber, dass seine Unterstützer „stinken würden, auch aus dem Mund“. Über die Sorgen einer Großmutter, welche Magyar angefleht hatte, sich für die Rückkehr ihres Enkels nach Ungarn einzusetzen, welcher nach der Scheidung der Eltern von einem Elternteil ins Ausland entführt worden sei, konnte Magyar nur lachen: „Wenn sie wüssten, dass ich sage, kauft euch ein neues Enkelkind – wie überrascht sie wären, haha.“ Auch seiner damaligen Lebensgefährtin Evelin Vogel drohte Magyar in den Aufnahmen. „In diesem Land schätzen mich alle, außer Dir. Kein Problem, ich hetze dann halt die Menschen auf Dich. Ich sage, Evelin behandelt mich schlecht. Sie hat mich betrogen, während ich für die Heimat kämpfte. Du bekommst dann Todesdrohungen und ich hetze meine Rentnerkommandos auf Dich.“ Péter Magyar bezeichnete diese Aufnahmen als zusammengeschnitten und mit künstlicher Intelligenz manipuliert. Diese Vorwürfe konnten bisher jedoch nicht belegt werden. Besonders schwer wiegen die Drohungen gegenüber seiner damaligen Lebensgefährtin Evelin Vogel. Vogel hatte Magyar bereits zuvor vorgeworfen, sich manipulativ und übergriffig verhalten und sie erniedrigend behandelt zu haben. Bereits Magyars Ex-Frau Varga hatte ihn beschuldigt, ihr gegenüber wiederholt gewalttätig und drohend aufgetreten zu sein, weswegen sie sich habe scheiden lassen.

Tisza will sich bis 2026 nicht an Wahlen beteiligen

Für Aufmerksamkeit sorgte im November die Ankündigung der Tisza-Partei um Péter Magyar, sich bis zu den Parlamentswahlen 2026 nicht an etwaigen (Nach-)Wahlen beteiligen zu wollen. Auslöser der Diskussion war die kürzlich angesetzte Nachwahl im 2. Wahlkreis des Komitats Tolna, nachdem der bisherige Abgeordnete des Wahlkreises und Staatssekretär, zuständig für Auslandsungarn, Árpád János Pótápi, überraschend im Alter von nur 57 Jahren verstorben war. Tisza kündigte an, keinen eigenen Kandidaten ins Rennen zu schicken und erklärte zudem, dass sich die Partei grundsätzlich nicht an etwaigen Nachwahlen beteiligen wolle. Begründet wurde dies offiziell mit dem Umstand, dass sich durch eine einzige gewonnene Nachwahl nicht die Zweidrittelmehrheit des Fidesz in der Ungarischen Nationalversammlung brechen lassen würde und man zurzeit ohnehin keine Bedeutung in der Ungarischen Nationalversammlung sehe, da Fidesz seit Jahren via Notstandsverordnung regiere. Damit überlasst Tisza den anderen Oppositionsparteien das Feld und László Toroczkai, Parteichef der rechtsextremen Mi Hazánk, kündigte bereits an, seine Partei wolle mit einem eigenen Kandidaten Fidesz herausfordern, da die anderen Oppositionsparteien

augenscheinlich kneifen würden. Die Tisza-Partei hingegen ruft ihre Wähler zum Boykott der Nachwahl auf. Die Entscheidung stieß nicht nur bei den anderen Parteien auf Unverständnis, sondern dürfte auch auf manchen Wähler oder Sympathisanten der Tisza befremdlich wirken, da ein Sieg in einem Direktwahlkreis der in einigen Umfragen mittlerweile auf Platz 1 stehenden Tisza-Partei eine große symbolische Wirkung hätte. Womöglich liegt genau an dieser Stelle jedoch auch das Risiko für die junge Partei, welche in der jüngsten Meinungsumfrage des Meinungsforschungsinstituts Médián, mit 47 zu 36 % klar vor dem Fidesz von Viktor Orbán liegt. Andere Umfragen hingegen sehen weiterhin Fidesz in Führung. Eine Niederlage in einem ersten direkten Wettstreit könnte der Aufbruchstimmung in der Partei einen Abbruch tun und dem weiteren Höhenflug der Partei potenziell schaden. Welche Überlegungen genau die Parteiführung letztlich dazu veranlasst haben, diesen Schritt zu gehen, bleibt jedoch ungewiss. Sicher ist nur, dass sich Tisza einer ersten direkten Konfrontation mit Fidesz an den Wahlurnen nicht stellen will.

Ungarischer Kommissionskandidat im ersten Anlauf durchgefallen

Ungarns Kandidat für die neue EU-Kommission ab 1. Dezember ist im ersten Anlauf seiner Anhörung vor dem zuständigen Gremium in Brüssel durchgefallen. Damit ist er der einzige Kandidat eines Mitgliedstaates, der in der ersten Runde nicht bestätigt wurde. Dabei schickte die ungarische Regierung mit Olivér Várhelyi denselben Technokraten in den Ring, der bereits in der ersten Kommission von der Leyens das Amt des ungarischen Kommissars ausgeübt hatte – damals für Erweiterung. Nun soll er ab Dezember den Bereich Gesundheit und Tierschutz übernehmen. In der Anhörung stellte Várhelyi seine künftigen Pläne für seinen Arbeitsbereich vor, darunter ein Konzept für eine „Gesundheitsunion“, um grenzüberschreitende Krisen, wie Pandemien, effizient zu überwinden. Weiter setzte er die Prävention von Tumor- und Herz-Kreislaufkrankungen auf seine Agenda, die die häufigste Todesursache innerhalb der EU darstellen. Hierbei verwies er auch auf Ungarns Nobelpreisträger für Medizin. Klinische Forschung müsse in Europa gehalten, Investitionen in Medizintechnik gestärkt werden. Behandlungen und Medikamente müssten den EU-Bürgern ohne Einschränkungen zur Verfügung stehen. Von den Vertretern der linksliberalen Parteien und der EVP wurde der ungarische Kandidat dennoch im Schulterschluss abgelehnt. Insbesondere seine Antworten zum Tierschutz hätten die Ausschussmitglieder nicht überzeugt. Auch verlangte man eine Entschuldigung dafür, dass Várhelyi die Europaabgeordneten bei einer früheren Anhörung 2023 – bei vermeintlich abgeschaltetem Mikrofon – laut hörbar als Idioten bezeichnet hatte.

Die Vertreter der Patrioten für Europa kritisierten das Vorgehen gegen Várhelyi. „Die EVP hat einen Pakt mit den Linken geschlossen, um Olivér Várhelyi nachsitzen zu lassen“, warf Fidesz-Europaabgeordneter Csaba Dömötör vor. Dass man sich bereits im Vorhinein auf ein Vorgehen geeinigt habe, bevor der Kandidat auch nur sein Programm habe vorstellen können, zeuge vom Demokratieverständnis dieser Fraktionen. Die Anhörung sei Teil der allgemeinen politischen Druckausübung. Die fachlichen umfassenden Antworten des Technokraten Várhelyi hätten die Mehrheit der Ausschussmitglieder überhaupt nicht interessiert. Die im Ausschuss vertretende ungarische Oppositionspartei DK feierte derweil die einstweilige Verhinderung des „Fidesz-Kandidaten“. Várhelyis Anhörung wurde am folgenden Donnerstag fortgesetzt.

Am 20. November wurde schließlich verkündet, dass die neue EU-Kommission stehe. Alle Kommissare wurden letztlich angenommen. Bis zuletzt hatte man sich zwischen Linksliberalen und Konservativen gestritten, sodass schließlich ein „Deal“ ausgehandelt worden war. Neben dem ungarischen Kandidaten hatten die Sozialdemokraten den italienischen Kommissionsvizepräsidenten Fitto kritisiert, der als Parteikollege der Partei Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni und als Mitglied der rechtskonservativen EKR-Fraktion untragbar gewesen sei. Die Konservativen hingegen lehnten die Frontfrau der Sozialdemokraten Ribera aus Spanien ab, die als bisherige Umweltministerin verantwortlich für die spanische Flutkatastrophe zeichnete. In einem Tauschhandel entschieden sich die zerstrittenen Fraktionen letztlich, alle Kommissare in ihren designierten Ämtern zu belassen. Die Ideologisierung und Parteipolitisierung der Kommissionsarbeit in Brüssel hingegen scheinen sich nur weiter und schneller fortzusetzen.

Deutsch-Ungarisches Barometer 2024 vorgestellt

Am 21. November 2024 wurde das diesjährige Deutsch-Ungarische Barometer in Budapest vorgestellt. Die Meinungsforschung erhebt im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung jährlich die Einstellungen zwischen Deutschen und Ungarn in verschiedenen Themen der bilateralen Beziehungen und die gegenseitige Medienberichterstattung übereinander. An der 2024-er Ausgabe des Barometers war neben dem ungarischen Nézőpont Institut erstmals das deutsche Meinungsforschungsinstitut INSA beteiligt. Die deutsche Präsentation der Ergebnisse fand dementsprechend erstmals nicht in Berlin, sondern im INSA-Haus in Erfurt statt.

Die beiden Institutsdirektoren Dr. Ágoston Mráz (Nézőpont) und Hermann Binkert (INSA) verwiesen auf die Differenz zwischen öffentlicher Meinung und veröffentlichter Meinung, wobei sich in den Ergebnissen der Meinungsumfrage gezeigt hätte, dass die veröffentlichte Meinung die bilaterale öffentliche Meinung in den beiden Ländern signifikant beeinflusst habe. In Ungarn hätten 2024 53 % der Leute eine positive Meinung über Deutschland, während 43 % der Deutschen eine positive Meinung über Ungarn hätten. Interessant zeigte sich der Trend zwischen West und Ost. Von den Westdeutschen bekundeten nur 39 % eine positive Meinung, bei den Ostdeutschen hingegen 51 %. Auffällig zeigte sich, dass in Ungarn besonders junge Leute ein positiveres Bild vom anderen Land hätten, in Deutschland wiederum die Älteren.

Was die Politik des anderen Landes betrifft, zeigte sich von ungarischer Seite insbesondere die Unzufriedenheit mit der deutschen Migrationspolitik. Nur 20 % der Ungarn attestierte dieser eine gute Richtung. Die Deutschen hingegen sahen besonders die Politik in Bezug auf die nationalen Minderheiten kritisch. Trotz der umfassenden ungarischen Minderheitenförderung in den letzten Jahren, äußerten nur 28 % der Deutschen eine positive Meinung. Hier könnte das deutsche Pressenarrativ der Minderheitenfeindlichkeit deutlich werden. Alles in allem werden die bilateralen Beziehungen sukzessive schlechter bewertet. In Ungarn sank der Anteil derjenigen, die die Beziehungen positiv bewerten von 60 % (2020) auf 39 % (2024) – 47 % bewerteten sie hingegen schlecht. In Deutschland sank der Anteil, nach leichtem zwischenzeitlichem Anstieg auf 44 %, von 33 % auf 26 % – 53 % gaben ein schlechtes Fazit.

Als Gründe wurden im Barometer vier Themenkomplexe ausgemacht. Die Bewertung der bilateralen Arbeit der jeweils anderen Staatsregierung fiel kritisch aus. In Ungarn machten 37

% der Befragten die Arbeit der deutschen Bundesregierung für die schlechten Beziehungen verantwortlich, gleichzeitig aber auch 36 % die eigene Regierung. In Deutschland hingegen sahen 62 % der Befragten die Schuld bei der ungarischen Regierung, nur 21 % bei der eigenen. Das Medienbild spiegelt diesen Befund. Während in Ungarn 12 % der 2.206 2024 über Deutschland erschienenen Medienartikel kritisch waren, fielen in Deutschland 66 % der 1.109 über Ungarn erschienenen Artikel negativ aus. Deutlicher noch fallen die Entfremdungen bei der Bewertung der Haltung im Ukrainekrieg sowie der europäischen Zukunftsvision aus. Jeweils nur rund ein Viertel der Deutschen und Ungarn sahen die politischen Standpunkte des jeweils anderen Landes als gut an, knapp die Hälfte jedoch als schlecht.

Einige Lichtblicke konnten die Verantwortlichen dennoch geben. So bewerteten die Bevölkerungen beider Länder bis heute die Rolle Ungarns beim Fall der Berliner Mauer als positiv. Auch die gegenseitige Akzeptanz zwischen Deutschen und Ungarn in verschiedenen Rollen des alltäglichen Zusammenlebens wurde sehr positiv eingeschätzt. So könnten sich über 70-80 % der Befragten einen Bürger des jeweils anderen Landes als Nachbarn, Kollegen, oder etwa Familienmitglied vorstellen. 75 % der Ungarn wünschten sich eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen und auch in Deutschland waren immerhin 53 % dieser Meinung.

Negativtrend in der ungarischen Demographie im Jahr 2024

Das ungarische Zentralamt für Statistik (KSH) veröffentlichte seine neuesten demographischen Zahlen über die ersten drei Jahresviertel 2024. Diese zeigen einen Negativtrend in Richtung eines weiteren und verstärkten Bevölkerungsschwundes in Ungarn. In den ersten neun Monaten des Jahres (Januar-September) wurden rund 10 % weniger Kinder geboren als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig stagniert die Mortalität. Kamen in diesem Jahr bis September 58.220 Babys zur Welt, waren es 2023 bis dahin noch 6.500 mehr. In diesem Sinne schwand auch die Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr um rund -6.500 Personen oder 22 %. Seit Oktober 2023 wurde die Grenze von 7.000 Lebendgeburten pro Monat, seit August 2022 die Grenze von 8.000 nicht mehr überschritten. Auch die kumulierte Fertilitätsrate der ersten drei Quartale 2024 sank mit 1,39 unter die 1,4-Marke zurück. In den Vorjahreszeiträumen hatte sie sich zwischen 1,5 bis über 1,6 bewegt. Die Anzahl der Eheschließung sank ferner um 5 % oder 2.000 Paare weniger als vor einem Jahr.

Allerdings geben die Zahlen auch Anlass zur Hoffnung. So sieht man deutlich, dass der Negativtrend im Juni 2024 seinen Tiefstwert erreichte. Seither haben sich die Werte bis September bereits signifikant erholt und tendieren Richtung 7.000 Lebensgeburten pro Monat bzw. eine Fertilitätsrate von 1,5. So scheint es, als würde der Negativtrend – der demographischen Logik folgend zeitversetzt – die kurzfristige Unsicherheit und Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der ungarischen Haushalte infolge des Ukrainekriegs widerspiegeln. Mit der Besserung dieser Situation, könnte auch eine schrittweise Rückkehr zu den positiven Entwicklungstrends der vorherigen Jahre erwartbar sein.

Neues aus der Außenpolitik

Orbán gratuliert Trump zu Wahlsieg

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán war der erste Regierungschef der EU, der wiedergewählten designierten 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, per Kurznachrichtendienst X gratulierte. Der nannte den Wahlsieg Trumps das „größte politische Comeback der politischen Geschichte der USA“ und gratulierte Trump zu seinem „enormen Sieg“, der ein „dringend benötigter Sieg für die Welt“ sei. Bereits im Radio-Interview am Sonntag hatte Orbán bekräftigt: „Die Demokraten gehen, die Republikaner kommen und Donald Trump wird wieder US-Präsident. [...] Wenn eintritt, womit wir rechnen, werden die Vereinigten Staaten ins Friedenslager wechseln. Dann wird die EU nicht länger auf dem derzeitigen Standpunkt verharren können.“ Einen Tag nach der Wahl verkündete er ebenfalls via X, dass er bereits seinen ersten Telefonanruf aus Mar-a-Lago mit dem zukünftigen Präsidenten abgehalten habe. Man habe gemeinsam „große Pläne für die Zukunft“.

Eurasische Sicherheitskonferenz in Minsk und Gespräche mit russischem Außenminister

Nicht nur die wichtigsten Vertreter der europäischen westlichen Welt kamen Anfang November in Budapest zusammen, auch an Gipfeltreffen der östlichen Welt nahm Ungarn teil. So reiste der ungarische Außenminister zur Eurasischen Sicherheitskonferenz ins belarussische Minsk. „Die internationale Gemeinschaft muss aufhören, Brücken einzureißen. Wir müssen zurückkehren zur eurasischen Zusammenarbeit, von der beide Seiten enorm profitieren können. [...] Wir Ungarn sind die Einzigen, die offen von der Notwendigkeit der eurasischen Zusammenarbeit reden, es gibt aber noch viele andere, die ähnlich denken, nur nicht offen dazu stehen“, verkündete er der versammelten Presse. Der ungarische Minister war der einzige offizielle Vertreter eines EU-Landes in Minsk. Im Anschluss traf er erneut zu bilateralen Gesprächen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zusammen. Ungarn setze auf eine vernünftige Zusammenarbeit mit Russland, um seine eigene Wettbewerbsfähigkeit und Energieversorgung zu gewährleisten.

Orbán beim Rat der Turkstaaten in Bischkek

Ministerpräsident Orbán hingegen reiste in die kirgisische Hauptstadt Bischkek, wo der Rat der Staatshäupter der Organisation der Turkstaaten tagte. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem kirgisischen Amtskollegen am Vortrag erklärte er eine vertiefte strategische Partnerschaft und bilaterale Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt der unterzeichneten Dokumente stehen die Themen Wasserkraft und Landwirtschaft, aber darüber hinaus auch Luftfahrt, Film, Zoll, Justiz und Stipendien. Auf dem Gipfeltreffen am Folgetag äußerte Orbán seine Zweifel an der Ukraine-Strategie der EU: „Der Sieg der Republikaner in den USA erfordert eine neue Strategie Europas in der Ukraine.“ Er dankte auch dem türkischen Staatshaupter Erdoğan für seine Friedensbemühungen. Was die EU-Beziehungen zu den Turkstaaten betreffe, rechne Orbán nicht mit einer besseren Behandlung durch die neue Kommission, die am 1. Dezember ihr Amt antritt: „Brüssel wird wahrscheinlich auch weiterhin auf Distanz bleiben.“ Deshalb müssten die Turkstaaten aktiver auf die EU zugehen. Ungarn werde gerne Initiativen zur gemeinsamen Zusammenarbeit vertreten. Die ungarische Kooperation mit den Turkstaaten hingegen wachse in den Feldern Wirtschaft, Energie und Bildung dynamisch. Ungarn stelle 100 Mio. Dollar für den Turk-Investmentfonds bereit und in trilateraler Kooperation mit Kirgisistan und Usbekistan habe in Budapest das Institut zur

Dürreabwehr eröffnet, welches ein Großprojekt zur Aufforstung des Fergana-Tals organisiere. Zum nächsten informellen Gipfeltreffen lud er die Teilnehmerstaaten für die erste Jahreshälfte 2025 nach Budapest ein. Auf dem Treffen wurde Orbán mit der höchsten Auszeichnung der Organisation der Turkstaaten geehrt. Dieser Orden wird einmal jährlich für Verdienste um die Einheit der Turkstaaten und die Pflege der Kultur vergeben.

Orbán auf der Weltklimakonferenz in Aserbaidschan

Auf der Weltklimakonferenz im aserbaidischen Baku Mitte November warnte Viktor Orbán vor Ideologie, Alarmismus und Panik: „Unsere Klimapolitik muss von sorgfältigem Abwägen und gesundem Menschenverstand geleitet sein“. Der grüne Übergang und der Kampf gegen den Klimawandel werde fortgesetzt, dabei würden aber Erdgas, Erdöl und vor allem Kernenergie als Übergangsenergieträger weiter genutzt werden müssen. Der Preis für den Klimawandel dürfe nicht von den Landwirten und Unternehmen gezahlt werden, die das Rückgrat unserer Wirtschaft und Gesellschaft seien.

Orbán lädt Netanjahu ein

In Reaktion auf den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) in Den Haag zeigte sich der ungarische Ministerpräsident solidarisch mit Israel. Orbán nannte den ICC-Haftbefehl „empörend frech und zynisch“. Er gieße weiteres Öl ins Feuer des Nahostkonflikts. Ungarn werde den Haftbefehl deshalb nicht vollstrecken. Im Gegenteil lud Orbán den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu nach Ungarn ein und sprach ihm eine Garantie aus, dass er hierzulande die nötige Sicherheit erhalten werde, um Verhandlungen zu führen.

Ungarn zahlt mehr Geld an die EU, als es zurückbekommt

Die ungarischen Haushaltszahlen aus dem Jahr 2024 sind ernüchternd. Ende Oktober schloss der Haushalt mit einem Defizit von 3.050 Mrd. Forint. Die Regierung zeigte sich entschlossen, das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Noch in diesem Jahr strebe man 4,5 % des BIP an, im nächsten Jahr 3,7 %, 2026 solle es sodann auf unter 3 % fallen. Besonders interessant jedoch gestaltet sich das Haushaltssaldo Ungarns mit der EU. So ging aus den Zahlen hervor, dass in den ersten zehn Monaten des Jahres nur 999,8 Mrd. Forint an EU-Einnahmen erzielt wurden, während sich die ungarischen EU-Ausgaben hingegen auf 1.299,6 Mrd. Forint beliefen. Damit ist das für gewöhnlich als einer der größten Nettoempfänger der EU bezeichnete Ungarn derzeit tatsächlich also Nettozahler der EU und hat rund 300 Mrd. Forint (730 Mio. Euro) mehr in die EU-Kassen eingezahlt als es zurückerhalten hat.

1. Parteitag der Patrioten für Europa

Die im Sommer 2024 neugegründete rechtskonservative EU-Parteienfamilie der Patrioten für Europa, der auch der ungarische Fidesz und die KDNP angehören, hielt Mitte November ihre 1. Generalversammlung in Paris ab. Auf dem Kongress wurde Spanier Santiago Abascal der Partei VOX zum Präsidenten des Parteibündnisses, die ungarische Fidesz-Abgeordnete Kinga Gál zur Vizepräsidentin gewählt. Auch Viktor Orbán als Fidesz-Vorsitzender nahm an der Versammlung teil. Er warnte vor der politischen Agenda, der Linken, die alles tun würden, um die Patrioten politisch, moralisch und mit Hilfe der Justiz zu vernichten: „Für diese Leute herrscht Demokratie nur so lange, wie sie gewinnen.“ Sowohl in den USA als auch in Europa habe sich gezeigt, dass Gerichte und Rechtsnormen missbraucht worden seien, um die Patrioten zu verhindern – sei es Donald Trump, Matteo Salvini, Marine Le Pen oder Herbert

Kickl. Orbán prognostizierte, dass die Patrioten für Europa bis Ende der Legislaturperiode von der drittstärksten zur stärksten Europaparlamentsfraktion anwachsen würden, denn: „Die Linken sind wie ein endlos langer, schlechter Film, mit wichtigen Aussagen, aber ohne Lösungen. Der Mensch bleibt bei ihnen auf der Strecke.“

Neues aus Wirtschaft und Gesellschaft

Abkommen zur Harmonisierung der europäischen und asiatischen Zahlungssysteme

Ende November schlossen Ungarn und China ein Abkommen über die Einrichtung einer gemeinsamen Zahlungsverkehrsplattform, die europäische und chinesische Zahlungssysteme miteinander verknüpft. Die Vereinbarung werde es wesentlich vereinfachen, im jeweils anderen Land zu bezahlen, so der ungarische Außenminister. Die Technologie BRIDGE (Bilateral Retail Interoperability Digital Gateway Ecosystem) werde der Grundstein für ein vernetztes globales Ökosystem für internationale Zahlungen sein. Mobile und kontaktlose Zahlungssysteme in Asien könnten in Zukunft nahtlos mit den Netzen Europas verbunden werden. Neben der Beschleunigung der Zahlungen werde die Plattform auch Währungsumtausche in Echtzeit ermöglichen. Dies stellt einen weiteren Schritt in einer langen Entwicklung zwischen China und Ungarn dar. Die touristischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu China wuchsen in den letzten Jahren stark. 2023 war Ungarn das Ziel Nummer 1 für chinesische Investitionen in Europa, mit einem Anteil von 44 %.

Gesetz über die digitale Staatsbürgerschaft

Anfang November legte die Regierung ein Gesetz über die digitale Staatsbürgerschaft vor, welches die Beziehungen zwischen Staat und Bürgern im Einklang mit den technischen Entwicklungen des modernen Lebens in den digitalen Raum verlagern will. Von der Opposition gab es neben Bedenken zum Datenschutz und der potenziellen Freiheitseinschränkung der Bürger durch einen „Digitalisierungszwang“ auch Unterstützung und Verständnis für die Modernisierungsmaßnahme. Der Gesetzesentwurf plant, die Sachbearbeitung behördlicher Angelegenheiten via Mobiltelefon zu ermöglichen. Bereits neun von zehn Ungarn nutzen heutzutage ein internetfähiges Handy. So verspricht sich die Regierung, Behördengänge einfacher, schneller und effizienter zu gestalten. Gleichzeitig könnten so jährlich 11,1 Tonnen Kunststoffe und 1,2 Tonnen Papier für analoge Sachbearbeitung eingespart werden. Bereits heute könne man beispielsweise seinen Personalausweis urkundenfähig per Smartphone mit sich führen. Bereits 300.000 Nutzer zählt die betreffende App DÁP. Ab Februar 2025 sollen dann sämtliche persönliche Daten in beglaubigter Form digital zur Verfügung gestellt werden. In Papierform hingegen sollen sie nur noch auf ausdrücklichen Wunsch des Bürgers ausgestellt werden. Verpflichtend sei die Teilnahme an der DÁP-App selbstverständlich nicht.

Gidran und Leopard in Dienst gestellt

Wie regelmäßig in den Ausgaben des Monatsbrief Ungarn berichtet, geht die Modernisierung und Vorbereitung der ungarischen Streitkräfte im Rahmen der NATO-Anstrengungen schnellen Schrittes voran. Teil dieser Bemühungen bildet die Umstellung auf eine den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entsprechende, moderne und NATO-kompatible technische Ausrüstung. In diesem Rahmen kündigte der ungarische Verteidigungsminister Anfang November bei der 1. Panzerbrigade in Tata das Eintreffen neuer

Kampffahrzeugtechnik an. Genauer werden 15 weitere geschützte Radfahrzeuge des Typs Gidran sowie zwei weitere Kampfpanzer des Typs Leopard 2A7HU in Dienst gestellt. Damit wächst die Gidran-Flotte auf 48 Einheiten, der Leopard-Bestand auf 26. Die Gidran-Radfahrzeuge sind als modulare Mehrzweck-Fahrzeuge vielseitig einsetzbar, so etwa als mobile Feuerleitstellen, Beobachtungs-, Batterie- oder Kommandoposten. Die Ausstattung der ungarischen Streitkräfte mit Kampffahrzeugen geschieht in enger Kooperation mit den deutschen Rüstungsunternehmen Rheinmetall und KNDS (ehemals Krauss-Maffei Wegmann). Weitere Leopard-Panzer werden in den kommenden Jahren erwartet.

Audi feiert Jubiläum in Győr

Seit nunmehr 30 Jahren produziert der deutsche Automobilkonzern Audi im größten Motorenwerk der Welt, im ungarischen Győr, Motoren, die in aller Welt verbaut werden. Nun lief im Erfolgswerk der 45 Millionste Motor vom Band. Zeitgemäß handelt es sich bei dem Jubiläumsexemplar natürlich um einen Elektroantrieb, der per klimaneutralem Zug nach Ingolstadt befördert und in einen Audi Q6 e-tron eingebaut werden soll. Seit 1994 produziert Audi auf dem inzwischen 15.000 m² großen Gelände in Győr. Seit 2018 wird die traditionelle Produktion von Verbrennermotoren durch Elektromotoren ergänzt. Bereits über 580.000 Einheiten liefen seither vom Band. Damit ist Ungarn ein zentraler und zukunftssicherer Produktionsstandort des Audi- und VW-Konzerns. Das nächste Ziel seien 50 Millionen Motoren, so das Unternehmen selbst.

BYD-Automobilwerk in Szeged schafft bis zu 10.000 Arbeitsplätze

Der chinesische Elektroautobauer BYD legte im III. Quartal 2024 Rekordzahlen vor. Mit rund 28 Mrd. Dollar Umsatz überflügelte er erstmals den bisherigen amerikanischen Weltmarktführer Tesla (25 Mrd. Dollar). Seine Mitarbeiterzahl ist unterdessen dynamisch auf über 900.000 Personen angewachsen. Bis zu 10.000 weitere Stellen könnten in Zukunft im ungarischen Szeged entstehen, wo BYD derzeit ein Automobilwerk errichtet. Ein kürzlich veröffentlichtes Drohnenvideo der im Bau befindlichen Anlage erreichte in kurzer Zeit rund 50.000 Aufrufe. Im lokalen Stellenmarkt erscheinen immer mehr Anzeigen für Ingenieure, Logistiker, HR- und Büromitarbeiter. Von rund 3.000 Mitarbeitern ist in der offiziellen Kommunikation des Konzerns die Rede. Das Szegediner Rathaus kalkuliert in der letzten Ausbaustufe des Montagewerks jedoch mit Plänen von 9.000-10.000 Beschäftigten. Zum Vergleich: Das oben erwähnte Audi-Werk in Győr beschäftigt rund 12.000 Mitarbeiter. Für den Start des neuen Werkes rechnet BYD mit einer Produktionskapazität von 150.000 Einheiten im Jahr. Der Präsident der staatlichen Investitionsförderagentur HIPA betonte Anfang November: „Die Zukunft der europäischen Automobilindustrie hängt davon ab, ob es gelingt, mit China zu kooperieren.“ Ungarn habe sich an die zwei bestimmenden Megatrends der Weltwirtschaft angepasst: die Verbreitung der Elektromobilität und die Zunahme der Direktinvestitionen aus dem Fernen Osten (China, Japan und Südkorea machen 95 % des weltweiten Marktes für Batterieherstellung aus). Bis 2030 möchte die Regierung Ungarn zum europäischen Forschungs- und Entwicklungszentrum für Batterietechnologien machen und auch weiterhin in den globalen Top 5 der Batteriezellfertigung verbleiben. Derzeit machen Batterien einen Anteil von 6,5 % an den ungarischen Exporten aus.

Staatliche Förderung für Medizintechnikwerk in Székesfehérvár

Für mehr Autarkie im Gesundheitswesen und zur zukünftigen Prävention pandemischer Notlagen. Mit dieser Lehre aus der Corona-Pandemie bezuschusste der ungarische Staat mit

730 Mio. Forint den Bau einer neuen Fertigungsstätte für Labor- und Medizintechnik in Székesfehérvár. Mehr als 4 Mrd. Forint investierte im Gegenzug der Betreiber Karsai Alba Kft. in das Projekt. Am 4. November wurde das Werk unter Beisein von Außenminister Péter Sziijártó eingeweiht. „Wir mussten damals die Anfälligkeit der globalen Systeme erkennen und erlebten akute Engpässe bei Geräten, deren Existenz wir zu Friedenszeiten gar nicht wahrnehmen“, so der Minister. Seit der Pandemie ist der ungarische medizinische Gerätebau um 70 % gewachsen. Rund 13.000 Ungarn sind heute in diesem Sektor beschäftigt. Etwa 90 % der Erlöse werden im Export erwirtschaftet. In vergleichbare Förderprojekte einheimischer Firmen und Standorte hat die Regierung inzwischen 580 Mrd. Forint an über 1.100 ungarische Unternehmen gesteckt und damit Investitionen im Wert von 2.300 Mrd. Forint ausgelöst. Dadurch seien, so das zuständige Ministerium, 150.000 Arbeitsstellen abgesichert und 13.000 weitere neu geschaffen worden.

„Notrufuhr“-Smartwatch für alte Menschen

Mehr als 33.000 Menschen hat das „Notrufuhr“-Programm (Gondosóra) seit seiner Einführung vor einem Jahr das Leben gerettet, resümierte der zuständige Chefberater des Ministerpräsidenten. Das Gerät, das wie eine Smartwatch um das Handgelenk getragen werden kann, ist mit einer fachärztlich qualifiziert besetzten Notrufzentrale verbunden, deren Leitstelle per Knopfdruck kontaktiert werden kann. Es verfügt aber auch über einen Sensor, der selbstständig etwa Stürze erkennt und sodann automatisch die Zentrale alarmiert. In 33.000 schweren Fällen sei im vergangenen Jahr so ein lebensrettender Krankenwagen gerufen worden. Auch Angehörige können per kostenloser App automatisch auf ihrem Telefon benachrichtigt werden, falls ihr Familienmitglied Hilfe benötigt. Alle Senioren über 65 Jahren können sich gebührenfrei online oder per Telefon für das Programm registrieren. Mittlerweile seien über 700.000 solcher Registrationen eingegangen, so der Chefberater.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab 2025 **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Zwischen dem **5. und 7. November 2024** fand in der Villa La Collina im italienischen **Cadenabbia** das **VIII. Deutsch-Ungarische Netzwerktreffen** statt. Organisiert wurde die Traditionsveranstaltung wie immer in Zusammenarbeit mit der Stiftung für ein Bürgerliches Ungarn. Das Treffen brachte deutsche, ungarische und österreichische Teilnehmer zusammen und ermöglichte so eine wertvolle trilaterale Perspektive. Den Bericht lesen Sie auf unserer [Webseite](#).

Zwischen dem **9. und 15. November 2024** war **Prof. Dr. Ludger KÜHNHARDT**, emeritierter Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, zu Gast am Deutsch-Ungarischen Institut. Im Rahmen seines Aufenthalts hielt Kühnhardt am **12. November 2024** einen Vortrag am **MCC Székesfehérvár** mit dem Titel „**Zeitenwende - Wendezeiten. Die euro-atlantische Zivilisation nach dem Wahljahr 2024**“. Den Veranstaltungsbericht können Sie unter folgendem [Link](#) abrufen.

Vom **25. bis 28. November 2024** war **Dr. Klaus-Rüdiger MAI**, Autor, Historiker und Philosoph, zu Gast am Deutsch-Ungarischen Institut. Mai ist Autor der am 26. November 2024 erschienenen kritischen Merkel-Biographie „**Angela Merkel: Zwischen Legende und Wahrheit**“. Im Rahmen seines Aufenthalts hielt Mai am **26. und 27. November 2024** eine doppelte Buchvorstellung seiner Neuerscheinung am **MCC Pécs** und am **MCC Szeged** unter dem Titel „**Merkel-Legenden, Merkels Legenden. Warum Deutschland heute so ist wie es ist?**“. Den Veranstaltungsbericht aus Pécs können Sie unter folgendem [Link](#), den aus Szeged unter diesem [Link](#) abrufen.

Bevorstehende Veranstaltungen

Am **6. Dezember 2024** lädt das Deutsch-Ungarische Institut zu einer Buchvorstellung von **Dr. Irén RAB**, Gründerin und Chefredakteurin des Onlinemagazins „Ungarnreal – Ungarn aus erster Hand“, ans **MCC Budapest, Hunyadi Mátyás-Saal 2** ein. Der Vortrag trägt den Titel des gleichnamigen Buches „**Ungarnreal – Ungarn aus erster Hand**“. In diesem beleuchtet Rab auf mehr als 500 Seiten ausgewählte deutschsprachige Texte diverser Autoren zu wichtigen Aspekten der ungarischen Geschichte, der ungarischen Kultur, der Erinnerungskultur sowie zum Land und zum Nationalcharakter. Auf dem Podium diskutieren des Weiteren **Bence BAUER**, Direktor des DUI, sowie **Ágnes HORVÁTH**, Redakteurin bei MTVA. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie auf der [Webseite](#) des DUI.



Am **9. Dezember 2024** ist der bekannte deutsche Psychologe, Islamismus- und Integrationsexperte und Bestseller-Autor **Ahmad MANSOUR** zu Gast am Deutsch-Ungarischen Institut. Im **Hunyadi Mátyás-Saal des MCC Budapest** wird Mansour einen Vortrag mit dem Titel „**Zum Scheitern verurteilt? Die Herausforderungen der kulturellen Integration in Deutschland**“ halten. Hier spricht er insbesondere ausgehend von den Terrorangriffen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 über die Veränderungen der deutschen politischen Debatten- und Alltagskultur. Die weitreichenden Konsequenzen reichen von uneingeschränkten Unterstützungsbekundungen zu Israel über propalästinensische Versammlungen bis zu antisemitischen Gewaltaufrufen und -taten. Details zur Veranstaltung und zur Anmeldung finden Sie in [hier](#).

Veröffentlichungen

In seinem am **2. November 2024** bei **Exxpress** erschienenen Meinungsartikel „**Mehr Realität wagen!**“ setzt sich **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, mit der Erosion des dominanten grünen Zeitgeistes auseinander. Die Landtagswahlen in Ostdeutschland und Nationalratswahlen in Österreich hätten aufgezeigt, dass der moralisierende Ansatz in der Politik an eine Grenze gestoßen sei. Den Artikel erreichen Sie [hier](#).

In seinem am **6. November 2024** in der **Berliner Zeitung** veröffentlichten Artikel „**Stimme aus Ungarn: Europa muss seine eigenen Interessen vertreten**“ warb **Bence BAUER**, Direktor des DUI, kurz vor der US-Wahl für eine stärkere Eigenständigkeit und ein selbstbewussteres Auftreten der Europäischen Union. Es brauche, laut Bauer, starke

Führungspersönlichkeiten, welche im Zweifel zugunsten der Interessen der EU entscheiden können – auch gegen die US-Interessen. Den vollständigen Artikel finden Sie [hier](#).

Im Artikel „**Schicksalsstunde für Europa**“ analysiert **Bence BAUER**, Direktor des DUI, die politischen Verschiebungen in der europäischen Politik anlässlich des vielbeachteten Treffens zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und dem deutschen Altkanzler Gerhard Schröder in Wien. Die am **7. November 2024** in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung** erschienene Analyse thematisiert die neuen Bündnisse in der europäischen Politik, die Führungskrise in Europa, die strategische Autonomie Europas sowie den Krieg in der Ukraine. Den vollständigen Beitrag finden Sie unter dem folgenden [Link](#).

In seinen Meinungsartikeln vom **7. und 15. November 2024**, erschienen bei **Exxpress**, legt **Bence BAUER**, Direktor des DUI, dar, wie der **Wahlsieg von Donald Trump die politische Rolle Ungarns stärken** könnte. Der Text behandelt dabei sowohl die politischen als auch die persönlichen Entwicklungen der letzten Jahre zwischen Donald Trump und Viktor Orbán. Den ersten Beitrag finden Sie [hier](#). Im zweiten Beitrag, mit dem Titel „**Viktor Orbán und die europäische Führung**“ betrachtet Bauer die Themen sowie die Bedeutung und Auswirkungen der Gipfeltreffen in Budapest im November genauer. Die indirekte Stärkung des ungarischen Ministerpräsidenten auf dem diplomatischen Parkett durch den Wahlsieg Donald Trumps sowie die Schwächung des deutschen Kanzlers durch den Bruch seiner Regierung fanden ebenfalls Beachtung. Den zweiten Beitrag erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

Im Rahmen seiner Ungarnreise mitsamt Buchvorstellungen in Pécs und Szeged interviewte **Alexander RASTHOFER**, Forschungs koordinator des DUI, den Autor, Historiker und Philosophen **Dr. Klaus-Rüdiger MAI** in einem **MCC Podcast** zu seinem neuen Buch „**Angela Merkel: Zwischen Legende und Wirklichkeit**“. Mai schrieb Biographien über die großen und bedeutenden, aber auch über die kontroversen Persönlichkeiten aus Geschichte und Zeitgeschichte – von Martin Luther und Johannes Gutenberg über Michail Gorbatschow bis hin zu Schara Wagenknecht. In seinem neuesten, am 26. November 2024 erschienenen Werk widmet er sich nun der Ex-Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, die am selbigen Tag unter dem Titel „Freiheit“ auch ihre eigenen Memoiren veröffentlichte. Mais Buch trägt – der Eigendarstellung Merkels entgegen – den Untertitel „Eine kritische Biographie“. Im Podcast-Gespräch erzählt Mai von Merkels Vergangenheit, ihrem Werdegang und ihrem politischen Wirken und den „vier Sargnägeln“ ihrer teils umstrittenen Politik für Deutschland. Mit dem Erscheinen des aktuellen Monatsbriefes finden Sie den Podcast in Kürze auf unserer Webseite.

Besuchstipp



Die weltweit erste LEGO-Straßenbahn auf festen Schienen am Deák Ferenc Platz in Budapest.
(Quelle: ungarnheute.hu)

Ende November wurde in Budapest eine Weltneuheit enthüllt, die Bastelfreunden der beliebten LEGO-Steine das Herz höherschlagen lassen dürfte. Auf festen Gleisen wurde aus insgesamt 1,8 Mio. einzelnen Steinen eine lebensgroße Straßenbahn nachgebaut, die sich seit neuestem auf dem Deák Ferenc Platz in Budapest besichtigen lässt. Das sechs Tonnen schwere und elfeinhalb Meter lange, zwei Meter hohe und breite Gefährt trägt den Namen „LEGO-vili“. 90 Erbauer waren am Zusammenbau beteiligt, der mehr als 6.800 Stunden (283 Tage) in Anspruch nahm. Entworfen wurde das Bauwerk vom ungarischen Baumeister Balázs Dóczy. Fahrgäste befördern wird die LEGO-Bahn zwar nicht, allerdings lässt sie sich von Interessierten bewundern, die auch selbst eigene LEGO-Steine auf den Bodenplatten der Straßenbahn platzieren dürfen.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Tristan Csaplár

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu